Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 268 | Halver, Donnerstag, den 16. November | 1950

Adenauer gab dem Deutschland-Union-Dienst ein Interview

„Von Aufrüstung war nie die Rede"

„Neuwahlen wären Verfassungsbruch" – Mit Bevin und Schuman gleicher Meinung

dl. Bonn, 15. November

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in einem Interview mit dem Chef-Redakteur des „Deutschland-Union-Dienstes" noch einmal den deutschen Standpunkt in der Sicherheitsfrage dargelegt.

Von einer deutschen Aufrüstung oder Wiederaufrüstung könne keine Rede sein, sondern lediglich von einem möglichen deutschen Beitrag zur europäischen Verteidigung. Sein eigenes Bemühen um eine deutsch-französische Freundschaft könne hierdurch nicht durchkreuzt werden, da die Verteidigung Frankreichs ein Bestandteil der gesamteuropäischen Verteidigung sei und die französische Regierung selbst grundsätzlich einer deutschen Beteiligung zugestimmt habe. Der Bundestag werde über die Frage, ob und in welcher Form eine solche Beteiligung verwirklicht werden solle, zu entscheiden haben.

Wenn von oppositioneller Seite die Auflösung des Bundestages und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangt werde, so sehe er hierin einen Verfassungsbruch, zu dem er seine Hand nicht geben werden. „Es ist gefährlich, den ersten Stein aus einem Rechtsgebäude herauszubrechen", sagte Dr. Adenauer, „man weiß dann nie, wohin der Weg führt". Durch einen Wahlkampf unter dem Motto „Remilitarisierung" würde dem inneren Frieden ein schlechter Dienst erwiesen. Adenauer sagte weiter: „Es handelt sich für uns um eine Frage des Seins oder Nichtseins." Nur durch die Hilfe der Vereinigten Staaten könne Westeuropa noch vor der Sowjetunion gerettet werden. Wenn aber Amerika die Selbsthilfe der Europäer zur Bedingung seiner weiteren Unterstützung mache, dann sei es die Pflicht aller, dieser Forderung zu entsprechen.

„Wir sind als Volk und als Einzelmenschen seit 15 Jahren schmerzlich darüber belehrt worden, wohin es führt, wenn man dem entschlossenen Machtwillen autoritärer Kräfte freien Lauf läßt", führte der Bundeskanzler weiter aus.

Zu dem sowjetischen Versuch, eine Vier-mächtekonferenz über Deutschland anzubahnen, sagte Dr. Adenauer, niemand könne solche Besprechungen, sofern sie auf den Prager Beschlüssen aufgebaut seien, für erfolgversprechend halten. Die Meinung Bevins und Schumans, daß die Sowjetunion bisher an keiner Stelle ihren angeblichen Friedenswillen durch Taten bewiesen habe, entspreche durchaus der Auffassung der Bundesregierung. Die wirkliche Wahrung des Friedens erfordere von allen Beteiligten, auch von Moskau, Anstrengungen und Opfer. Bisher habe Moskau aber nur Redensarten zum besten gegeben.

27 Überfliegungen festgestellt

Tschechische Flugzeuge über dem Bundesgebiet

dmt. Frankfurt, 16. November

Das Hauptquartier der USA-Luftstreitkräfte in Europa gab am Mittwochabend bekannt, daß tschechoslowakische Flugzeuge das Bundesgebiet in den letzten 24 Stunden ohne Erlaubnis etwa 27mal überflogen haben. Man glaubt, daß die Flugzeuge, die in Sheffield tagenden kommunistischen „Friedenskämpfer" zu der sogenannten Friedenskonferenz nach Warschau gebracht haben.

4,5 Millionen für Verfassungsschutz

dl. Bonn. 15. November

Für das Bundesamt für Verfassungsschutz sind vom Bundesinnenministerium rund 4.5 Millionen DM angefordert worden. Davon entfallen 500 000 DM auf den Neubau eines Dienstgebäudes in Köln und weitere 100 000 DM auf die Anschaffung von Dienstwagen und Einrichtungsgegenstände. Das Amt wird 83 Beamte, Angestellte und Arbeiter umfassen.

UNO-Aufmarsch in Nordwestkorea

Andschu-Brückenkopf gesichert — Eisige Winde fegen von den Bergen

dmt. Soeul, 16. November

Die UNO-Truppen in der Nordwestecke Koreas bereiten einen umfassenden Angriff vor, der die letzte größere Kampfhandlung bilden und die Lage endgültig klären soll, ehe der Winter mit aller Macht hereinbricht. Schon jetzt fegen eisige Winde von den mandschurischen Bergen und machen den Truppen viel zu schaffen. In Nordkorea sollen sich jetzt rund 100 000 chinesische Gebirgstruppen befinden, vor denen ein „Schleier" nordkoreanischer Einheiten liegt. Der Brückenkopf bei der Stadt Andschu, der die Verbindung nach Süden beherrscht, gilt als gesichert. Drei Kilometer vor den Brückenkopfstellungen bauen die Nordkoreaner ein tief gestaffeltes Verteidigungsnetz auf. Oestlich von Paktschon wurden einige kleinere Ortschaften genommen.

Wie die südkoreanische Regierung amtlich bekanntgab, wurden in der Zeit vom 15. September bis 15. November 56 000 Südkoreaner verhaftet, die beschuldigt werden, während der nordkoreanischen Besatzungszeit mit den Kommunisten zusammengearbeitet zu haben.

Nach Angaben des UNO-Hauptquartiers in Tokio ist die Lage in Nordkorea weiterhin undurchsichtig. Der geheimnisvolle Rückzug der kommunistischen Truppen hält weiter an. Ueber die Hintergründe und Absichten der chinesischen Regierung gehen die verschiedensten Ansichten um. In Hongkong verstärkt sich die Meinung, daß die Chinesen es unter Umständen auf einen Krieg mit Amerika ankommen lassen würden und sich auf diesen Fall vorbereiten wollen.

Irgendwelche Anzeichen für eine Großoffensive liegen allerdings im Augenblick noch nicht vor. Die amerikanischen Luftstreitkräfte haben inzwischen die Bombardierung wichtiger Nachschubzentren und Eisenbahnknotenpunkte fortgesetzt

Bundestag weist alliierte Eingriffe zurück

Es ging wieder um die Kohlen — Erhard gegen SPD-Kritik

dl. Bonn, 15. November

Eine Interpellation über die Lage auf dem Kohlenmarkt, insbesondere über die Sicherstellung der Hausbrandversorgung, benutzte die SPD-Fraktion des Bundestages in der Plenarsitzung am Mittwoch zu einer scharfen Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Abgeordneter Dr. Koch (SPD) glaubte darauf aufmerksam machen zu müssen, daß sich die Situation auf dem Kohlenmarkt immer mehr zuspitze. Der Hausbrandversorgung könnten nur noch geringe Mengen zur Verfügung gestellt werden, und zahlreiche Industrien seien durch den Kohlenmangel gefährdet. Diese Kohlennot des Jahres 1950/51 sei schon kein Schicksal mehr, sondern eine Schuld der Regierung, die es an den Lenkungs- und Planungsmaßnahmen habe fehlen lassen, welche von der SPD immer und auch heute wieder mit allem Nachdruck gefordert würden. Seine Partei sehe darin und in vielen anderen Symptomen den Zusammenbruch der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die nun hoffentlich die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen werde.

Bundeswirtschaftsminister Erhard wiederholte in seiner Entgegnung zunächst, was von der Bundesregierung zur Behebung des Kohlenengpasses bereits am Freitag der vergangene Woche veranlaßt wurde, und verwies hierbei auf die verständnisvollen Verhandlungen und Absprachen mit den zuständigen Gewerkschaftsvertretern. Die Bundesregierung habe alle Maßnahmen, auch bei der Hohen Kommission, sofort ergriffen, um der durch die Verhältnisse bedingten Lage schnellstens Herr zu werden, und es sei nicht daran zu zweifeln, daß der Engpaß überwunden werde. Auf die Angriffe der SPD gegen seine Wirtschaftspolitik eingehend, bezeichnete er die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Koch als „unsachliche Polemik". Es gehe einfach nicht an, alle auftretenden, nicht vorauszusehenden Schwierigkeiten der Regierung zur Last zu legen. Wenn gerade in diesem Falle der Kohlenknappheit und dann noch von der Tribüne des Bundestages aus die Dinge über alles Maß vergrößert würden, wundere es ihn nicht, wenn alle Welt hinter Kohlen herlaufe und dadurch die Lage nur noch mehr verschlimmere. Wenn außerdem behauptet würde, die Regierung fördere den Kohlenexport nur aus dem Grunde, um Devisen zu gewinnen, so werde diese Behauptung wider besseres Wissen darüber ausgesprochen, daß die Regierung auf den Export gar keinen Einfluß habe.

Bundeswirtschaftsminister Erhard, der mehrfach auf den heftigen Widerspruch der SPD gestoßen war, erhielt uneingeschränkten und langen anhaltenden Beifall der Regierungsparteien.

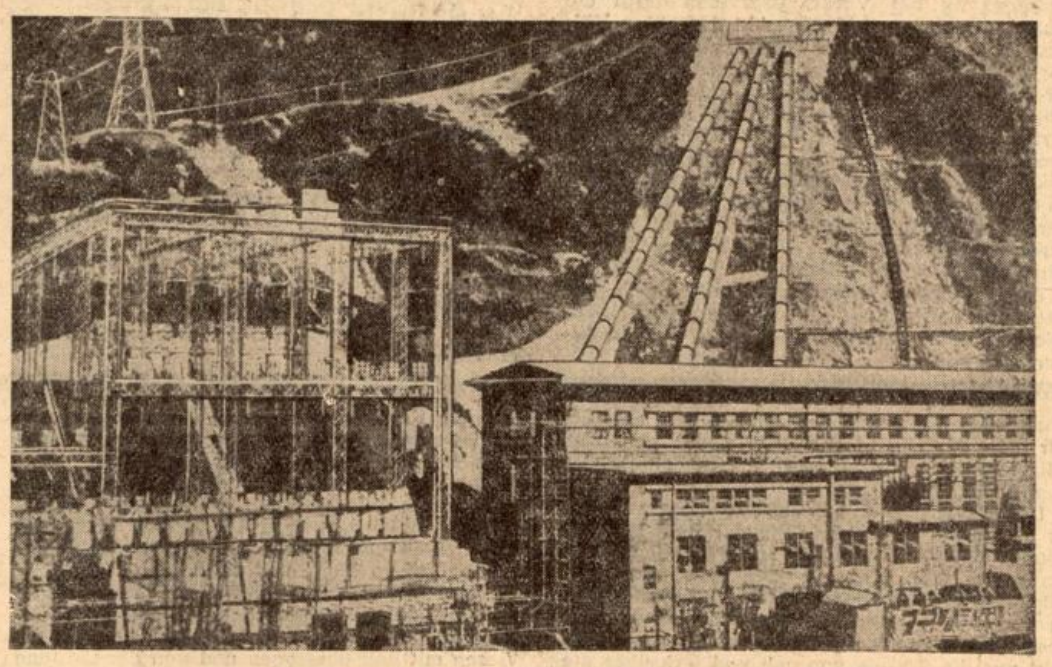
Alliierte Eingriffe sind überholt

Lebhafter Kritik wurde das alliierte Gesetz Nr. 35 über die Entflechtung der IG-Farbenindustrie unterzogen. Sämtliche Fraktionen des Bundestages bezeichneten dieses Gesetz als unhaltbar und als Eingriff in die gesetzgeberische Freizügigkeit des Bundes. Der Bundestag sieht in diesem alliierten Gesetz, das wenige Tage vor der New Yorker Außenministerkonferenz erlassen wurde, ein Mißtrauen in die Fähigkeit des deutschen Parlaments, die Entflechtung auch der IG-Farben selbst durchzuführen.

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard erklärte im Namen der Bundesregierung, daß diese unmittelbar nach Erlaß des Gesetzes in einem Memorandum der Hohen Kommission ihr Befremden zum Ausdruck gebracht habe. Von deutscher Seite sei die Gründung von drei Nachfolge-Gesellschaften vorgesehen, statt einer völligen Zerschlagung der IG. Die alliierte Hohe Kommission habe auf Grund dieser Vorstellungen zugesichert, daß die Bundesregierung vor jeder wichtigen Maßnahme gehört werden solle. Danach sei die Gewähr dafür gegeben, daß von alliierter Seite künftig auch in der IG-Entflechtung nichts unternommen wird, ohne daß vorher Verhandlungen mit der Bundesregierung stattgefunden haben. Im Verlauf der Debatte kam mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß solche Gesetze und Eingriffe das deutsche Volk mit Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der alliierten Zusicherung auf Gleichberechtigung erfüllen müßten.

Mit Regierungsarbeit unzufrieden

In der Sitzung wurde ein Zentrumsantrag mit knapper Mehrheit angenommen, der von der Bundesregierung die unverzügliche Vorlage von Begünstigungsbestimmungen für den Kleinsparer beim sozialen Wohnungsbau verlangt und die zögernde Haltung der Bundesregierung in dieser Frage mißbilligt. Für den Antrag stimmten außer dem Zentrum die SPD, KPD, WAV, einige Abgeordnete der CDU/CSU und einige unabhängige Abgeordnete.



In Nordkorea geht es um die Kraftwerke
Unser Bild zeigt das nordkoreanische Elektro-Kraftwerk „Changin Dam", dessen Turbinen mit dem Wasser des Chosin-Staudammes betrieben werden. Das Werk versorgt große Teile Nordkoreas und der Mandschurei mit Strom. (Foto: UP-Acme)

Acheson warnt China

dmt. Washington, 15. November

Am Mittwoch erklärte Außenminister Acheson vor führenden amerikanischen Persönlichkeiten, wenn die Chinesen eine wirklich ernste Krise in Korea herbeiführten, müßte dieser Situation mit aller Entschlossenheit und Nüchternheit entgegengetreten werden. Er hoffe, daß es nicht dazu kommen würde, denn das würde eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes werden. Aus diesem Grunde müsse man sorgfältig jede Möglichkeit einer Beilegung des Konfliktes erkunden, sofern diese mit den Grundsätzen der UNO-Satzung vereinbar sei.

Noch keine Regelung

dmt. Neu Delhi, 15. November

Entgegen anderslautenden Meldungen von indischen Regierungssprechern, der Krieg in Tibet sei beendet, erklärt die englische Regierung amtlich, die indische Mission in Lhasa wisse nichts von einer Regelung, und es seien keine chinesischen Truppen in der Hauptstadt eingetroffen. Dagegen habe sich der chinesische Vormarsch wesentlich verlangsamt, und es fänden 100 Kilometer östlich der Hauptstadt schwere Kämpfe statt.

General Urbina erschossen?

dmt. Bogota, 15. November

In der kolumbianischen Hauptstadt sind bisher unbestätigte Nachrichten eingetroffen, wonach der venezulanische General Urbina der für die Ermordung des Staatspräsidenten verantwortlich sein soll, nach kurzem Verhör im Gefängnis erschossen wurde. Zusammen mit ihm sollen zehn seiner Anhänger das Leben verloren haben, die an der Entführung des Präsidenten beteiligt waren.

Der Friede findet in Warschau statt

Eigentlich sollte der routinemäßig wieder fällige kommunistische Weltfriedenskongreß in Sheffield abgehalten werden. Aber die Engländer nahmen sich die Friedensdelegierten genau unter die Lupe und verweigerten einigen von ihnen von vornherein die Einreise, so z. B. dem sowjetischen Friedensmacher Ilja Ehrenburg und dem sowjetzonalen Kantatensänger Johannes Becher. Diejenigen aber, die sie wenigstens englischen Boden betreten ließen, untersuchten sie aufs genaueste. Das fanden nun wieder die Friedensdelegierten als unter ihrer Würde, sie traten nur einmal in Shefield zusammen und vertagten sich dann nach Warschau, allwo nun in den Tagen vom 16. bis 21. November der Frieden stattfindet.

Man kann die Idee des Friedens auch mit Kongressen zu Tode jagen! Der Friede war seit 1945 wohl die zugkräftigste und gleichzeitig die billigste Propaganda-Parole. Spekulierte man gleichzeitig noch auf die Atom-Angst und mixte man diese mit Friedenssehnsucht und allerlei Versprechungen und Resolutionen, über die die Masse der den Frieden Suchenden die am laufenden Bande produzierten sowjetischen Panzer vergaß, dann ließen sich mit Friedenskongressen herrliche politische Geschäfte machen.

Ein Bombengeschäft z. B. war der Stockholmer Friedenskongreß, auf dem man die Atombombe feierlich ächtete und eine Unterschriftenaktion startete, der inzwischen Millionen politischer und wirklicher Analphabeten zum Opfer gefallen sind. Dann aber wurden die Friedenskongresse zu einer reinen Routine-Angelegenheit. Jede Volksdemokratie, die etwas auf sich gab, mußte wenigstens einen solchen Kongreß veranstalten.

Allmählich aber wurden diese Friedensversammlungen mit ihren nichtssagenden Resolutionen langweilig, und um das Geschäft wieder zu beleben, hatte man sich jetzt darauf geeinigt, den kapitalistischen Friedensfeind mitten ins Herz zu treffen. Wie weiland die kriegerischen Normannen mit Schwert und Spieß, so gedachten die kommunistischen Friedensfreunde mit pazifistisch getarnter politischer Konterbande den Boden der Insel zu betreten. Die Inselbewohner aber winkten ab.

Und so beschloß man denn verbittert, das ungastliche Albion zu verlassen und den Frieden in Warschau stattfinden zu lassen. An der Weichsel aber freut man sich, denn man wird dort wieder für einige Tage zum Mittelpunkt dessen, was man jenseits des Eisernen Vorhanges unter großer Politik versteht, und außerdem gibt es in Moskau einen Plus-Punkt für bewiesene vorschriftsmäßige Gesinnung und Haltung. ergo

Die Seite der Heimat

Halver, den 16. November 1950

„Gebt uns zunächst die 100 DM!"

Stimmen zur Verteilung der Weihnachtsgratifikationen — Vorerst nur 100 DM steuerfrei

In verschiedenen Bezirken hat der Einzelhandel die Arbeitgeber gebeten, in diesem Jahr die Weihnachtsgratifikationen möglichst früh auszuzahlen. „Wir möchten vermeiden, daß der Run auf die Geschäfte in den Tagen vor Weihnachten gemildert wird", argumentieren die Kaufleute, „und außerdem haben die Kunden in den ersten Dezemberwochen die größere und bessere Auswahl".

Wir fragten einen Fabrikanten, was er dazu zu sagen habe. „Ich glaube, die meisten Betriebsführer würden dem Antrag ganz gern entsprechen, nur müßte die Frage der Versteuerung völlig geklärt sein", antwortete er. Bekanntlich haben sich die Gewerkschaften dagegen gewandt, daß die steuerliche Freigrenze bei 100 DM liegt. Mehr ist von den Bundesinstanzen im Oktober nicht bewilligt worden.

Die Gewerkschaften sind vor einiger Zeit an den Bundesrat mit dem Ersuchen herangetreten, die Freigrenze auf 300 DM festzusetzen. „Die Weihnachtsgratifikationen haben einen sozialen Zweck", erläuterte uns ein Gewerkschaftsvertreter. „In 99 von 100 Fällen wird der gesamte Betrag für Anschaffungen benutzt. Wie könnte der ‚Kleine Mann' sonst seiner Familie eine besondere Freude bereiten? Die Herren in Bonn und den Länderministerien sollten darauf verzichten, ihren ehrlichsten Steuerzahlern auch noch die Weihnachtsfreude zu schmälern!"

Der „Kleine Mann" verfolgt die Entwicklung mit begreiflicher Spannung, jede Mark wüßte er richtig und sinnvoll anzulegen. Der Vorschlag des Einzelhandels erscheint ihm als durchaus begrüßenswert; es ist eine alte Erfahrung, daß man kurz vorm Fest nicht am besten kauft.

Vielleicht ist ein Vorschlag aus Arbeiterkreisen, die von der Langsamkeit der behördlichen Mühlen überzeugt sind, nicht unbedingt von der Hand zu weisen: „Betrieben und Dienststellen würde es sicher nicht allzu viel Arbeit machen, uns Anfang Dezember wenigstens die steuerfreien 100 Mark in die Hand zu drücken; der Rest kann folgen, wenn die da oben sich geeinigt haben!"

Halver

Vorsicht vor Aufkäufern!

Angesichts der Preistendenzen in den letzten Monaten tauchen bei Großhandel und Industrie immer häufiger Personen auf, die versuchen, Waren zu möglichst niedrigen Preisen aufzukaufen, um sie dann mit gutem, bisweilen unversteuertem Zwischengewinn abzusetzen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Spitzenverbände der Industrie und des Großhandels gebeten, auf ihre Mitglieder einzuwirken, knappe Waren möglichst nur an Personen oder Unternehmen abzusetzen, die ihnen als Kaufleute mit ordentlichem Geschäftsgebaren bekannt sind oder sich als solche ausweisen. Auch die Industrie- und Handelskammern werden in gleichem Sinn auf ihre Bezirksfirmen einwirken.

Die Weihnachtswerbung wird vorbereitet

In einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der „Leistung u. Werbung, Gemeinschaft Halver", die am gestrigen Mittwoch im Hotel zur Post stattfand, wurde die Weihnachtswerbung eingehend besprochen. Sämtliche Mitgliedsfirmen werden schlagartig mit der Weihnachtsdekoration beginnen, gleichzeitig wird durch Zeitungsanzeigen auf die Bedeutung der Halverschen Geschäftswelt hingewiesen. Die „Leistung und Werbung, Gemeinschaft Halver" will der Bevölkerung der Gemeinde Halver erneut zeigen, daß der Einkauf am Ort wichtig und in jeder Hinsicht richtig ist.

Die Heimatzeitung gratuliert

Sein 79. Lebensjahr kann am Samstag, dem 18. Nov. der Rentner Hermann Lambrecht, Halver, Mühlenstraße 32, vollenden. Wir entbieten dem Altersjubilar, der seit jeher eifriger Leser des „Allgemeinen Anzeigers" ist, die besten Wünsche für einen geruhsamen Lebensabend.

Warum nicht das kleinere Uebel?

Daß manche Wege in unserem Ort in schlechter Verfassung sind, ist bekannt, ebenso sicher ist es, daß in diesem Jahre keine Gelder zur Behebung dieser Uebelstände bereitstehen. Wie wäre es aber, wenn man diese Wege und ihre Schlaglöcher durch einige Laternen dem im Finsteren Irrenden besser sichtbar machte. Jeder könnte so Untiefen und werdende Teiche vermeiden und einen gebührenden Haken um diese Hindernisse schlagen. Mancher Einwohner Halvers würde die „Aufhellung" dieser abendlichen Fallgruben dankbar begrüßen.

Schwarzarbeit vergrößert Arbeitslosigkeit

Immer wieder werden auch in unserem Kreis von den zuständigen Behörden und Organisationen der gewerblichen Wirtschaft Fälle von Schwarzarbeit festgestellt und verfolgt. Die Kreishandwerkerschaft des Kreises hält es daher für notwendig, die Bevölkerung nochmals auf die Strafbarkeit und die wirtschafts- und sozialpolitisch schädlichen Folgen hinzuweisen.

„Die Not der zahlreichen Arbeitslosen in unserem Lande ist groß. Viele Arbeitslose möchten deshalb ihre Lebenshaltung aufbessern. Dieser Wunsch nach Aufbesserung findet Umfang und Grenzen im Gesetz. Wer gewerblich tätig sein will, muß die Vorschriften der Gewerbeordnung über Anmeldung und Zulassung eines Gewerbes und die Bestimmungen über das Handwerk beachten. Die heimliche gewerbliche Schwarzarbeit ist verboten.

Den Empfänger von Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung verpflichtet das Gesetz außerdem zur Anzeige beim Arbeitsamt, wenn er während des Unterstützungsbezuges eine unselbständige Beschäftigung gegen Entgelt oder eine selbständige Arbeit als Handwerker oder Gewerbetreibender übernimmt. Entweder wird dann die Arbeitslosigkeit verneint und die Zahlung von Unterstützung eingestellt oder aber der Nebenverdienst einschließlich Sachleistungen wie Kost, Unterkunft, Kartoffeln usw. wird zum Teil auf die Unterstützung angerechnet. Nicht erlaubt ist jedoch die verheimlichte Schwarzarbeit, deren Einkünfte dem Arbeitsamt verschwiegen werden.

Diese rechtlichen Bestimmungen werden oft nicht beachtet. Viele Arbeitslose versuchen, Schwarzarbeit zu verrichten und ihre Tätigkeit zu verheimlichen. Manche Arbeitgeber wirken leider oft mit ihnen zusammen. Sie übergehen Arbeitsamt, Sozialversicherung und Finanzamt und wählen untertarifliche Löhne, um billige Arbeitskräfte zu haben.

Aehnlich ist es bei der Schwarzarbeit durch eine gewerbliche Tätigkeit. Solche Schwarzarbeiter melden ihr Gewerbe nicht an und verheimlichen ihre Tätigkeit auch dem Arbeitsamt. Zwei Gründe sind hierfür maßgebend: Entweder wollen sie den Steuern und den Pflichten des Berufsstandes ausweichen, oder als Unterstützungsempfänger eine Anrechnung auf die Unterstützung verhindern. Meist treffen beide Gründe zusammen.

Schwarzarbeit bedeutet unberechtigter Unterstützungsbezug. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen würde die Schwarzarbeit überhand nehmen und eine empfindliche Schädigung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft verursachen. Ansteigende Arbeitslosenziffern wären die Folge. Sie zerstört die ordentlichen Arbeitsverhältnisse, da sie meist untertariflich entlohnt wird. Die nach Tarif oder ortsüblich entlohnten Arbeitnehmer werden oft zugunsten der heimlich beschäftigten billigeren Schwarzarbeiter entlassen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger nimmt dadurch zu. Die Arbeitsplätze aber mit ordnungsgemäßer Entlohnung werden weniger. Schwarzarbeit schädigt die Sozialversicherung, weil für Schwarzarbeiter keine Beiträge abgeführt werden. Ferner bedeutet Schwarzarbeit meist Steuerhinterziehung. Die Minderung des Beitragsaufkommens der Sozialversicherung und des Steueraufkommens schwächt die Finanzierung bestimmter Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und beeinträchtigt durch die Schädigung des Beitrags- und Steueraufkommens auch die geforderte Einführung höherer Unterstützungssätze. Gewerbliche Schwarzarbeit schädigt Handwerk und Gewerbe und mindert die Steuerkraft der Betriebe. Diese Schwarzarbeit bedarf besonderer Beachtung. Es ist im Interesse der gewerblichen Wirtschaft erforderlich, daß die schädigende Konkurrenz Außenstehender, die an den öffentlichen Lasten und Pflichten des Berufsstandes nicht teilnehmen, ausgeschaltet wird. Daran sind die Arbeitsverwaltung, die Dienststellen der Wirtschaftsaufsicht und die gewerbliche Wirtschaft gleichermaßen interessiert.

Schwarzarbeit schafft schließlich Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die ordnungsgemäß Beschäftigten haben kein Verständnis dafür, daß der Schwarzarbeiter oft mehr verdient als der Vollbeschäftigte. Die Schwarzarbeit untergräbt die Moral der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Schwarzarbeiter selbst.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes machen sich alle, die in irgend einer Form Schwarzarbeit — sei es direkt oder indirekt — geleistet haben, strafbar. In Anbetracht der oben erwähnten Folgen, die nicht ausbleiben können, wenn diesem Tun nicht endgültig ein Riegel vorgeschoben wird, wäre es zu begrüßen, wenn alle, die es angeht, zur Einsicht kommen würden.

Die Wintersaison hat begonnen

Die Halversche Geschäftswelt ist gerüstet — Gefüllte Lager, aber knappe DM

Zu einem besonderen Erlebnis für einen alteingesessenen Halveraner gehört es bald, einen Gang durch das abendliche Halver zu machen, um hier die vielen hellerleuchteten Schaufenster zu betrachten. In den letzten Jahren hat sich die Halversche Geschäftswelt wirklich umgestellt, sie ist fortschrittlich geworden, sie bietet jetzt wirklich etwas. Wer also durch die Straßen unseres Ortes geht und die Schaufenster betrachtet, nicht nur auf der Hauptstraße, nein auch in den Nebenstraßen ist es nicht anders, oder sich gar in den Geschäften umsieht, der muß ohne weiteres feststellen, daß die Halversche Geschäftswelt im allgemeinen für den bevorstehenden Winter gut eingedeckt ist.

In manchen Branchen hat auch das Wintergeschäft bereits eingesetzt, doch werden im allgemeinen Klagen laut über den schlechten Absatz, zumindest in verschiedenen Branchen. Ein Besuch in den einschlägigen Geschäften läßt erkennen, daß die Läger gut gefüllt sind, es ist in allen Dingen eine reichliche Auswahl vorhanden, der Umsatz sich aber noch nicht in dem Maße entwickelt, wie man erwartet hatte.

Zwar hat es hin und wieder den Anschein, als ob doch ganz gut zu tun wäre, aber der Schein trügt, denn nicht alle Besucher in den einzelnen Geschäften können als Käufer angesprochen werden. Eine Beobachtung, die man immer wieder machen kann, zeigt, daß die Masse der Bevölkerung zwar gerne kaufen würde und es meist auch nötig hätte, die DM aber knapp ist und somit so mancher Wunsch zurückgestellt werden muß.

Die Halversche Geschäftswelt hat sicherlich äußerste Kalkulationen vorgenommen, um preislich mitreden zu können, denn sie hat ja das wenigste Interesse daran, ihre Käufer nach auswärts abwandern zu sehen. Ein Vergleich mit den Preisen der Nachbarstädte läßt durchaus erkennen, wie wir immer wieder hören, daß diese auf der gleichen Höhe wie in den Großstädten liegen. Kleinere Abweichungen bei diesen oder jenen Artikeln, die vielleicht festzustellen sind, können diese Beobachtungen keineswegs entkräften. Manchmal liegen sogar die Preise hier in Halver bedeutend günstiger als anderswo. Deshalb liegt die augenblickliche schwache Kaufkraft auch nicht darin begründet, sondern lediglich in der Tatsache, daß die DM knapp ist.

Der bald einsetzende Weihnachtseinkauf wird aber die Läger lichten, denn mancher spart eben für Weihnachten. Ob es freilich das Saisongeschäft wird, werden die kommenden Wochen erst zeigen.

Wassergewinnungsanlage vor ihrer Vollendung

Aus der Sitzung der Gemeindevertretung Rönsahl

In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung Rönsahl im Hotel zur Leie wurde in geheimer Wahl der bisherige Bürgermeister und sein Stellvertreter wieder gewählt. Hierauf gedachte der Bürgermeister der verstorbenen langjährigen Beamten der Gemeinde Rönsahl und zwar des Meisters der Schutzpolizei a. D. Heinrich Körby und des Sparkassen-Rendanten a. D. Friedrich Vormann. Die Vertretung ehrte ihr Andenken durch Erheben von ihren Plätzen.

Die Verwaltung erstattete nunmehr einen Bericht über die Tätigkeit der verschiedenen Ausschüsse. Den Bericht über den Stand der Arbeiten an der neuen Wassergewinnungsanlage und über die Wiederinstandsetzung gab Amtsbaumeister Thomee. Aus diesem Bericht ging hervor, daß voraussichtlich der vorgesehene Gesamtkostenanschlag für die Wassergewinnungsanlage von DM 56 000 trotz der inzwischen erhöhten Löhne und umfangreicheren Erdarbeiten nicht überschritten wird. Die Arbeiten am Hochbehälter sind im vollen Gang, so daß in der kommenden Woche die Betonarbeiten durchgeführt werden können.

Zu den Wiederinstandsetzungarbeiten ist zu sagen, daß durch den tatkräftigen Einsatz der Bauern von Dörscheln die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten unter dem Kostenanschlag geblieben sind.

Nicht so erfreulich war der Bericht über die inzwischen erfolgten Straßenarbeiten Rönsahl-Haarhausen. Hier sind die Kosten durch Mehrarbeiten wesentlich höher gekommen. Nach lebhafter Diskussion wurde diese Angelegenheit in der folgenden geheimen Sitzung weiter beraten. Zwei weitere Anträge auf Wiederinstandsetzungen mußten vorläufig zurückgestellt werden.

Das Strandbad Rönsahl muß vollständig überholt werden. Die Verwaltung wurde gebeten, zur nächsten Sitzung einen Kostenanschlag über diese Arbeiten vorzulegen.

Als Schöffen für die Strafkammer in Hagen wurden folgende Personen in Vorschlag gebracht: Karl Weiler, Niederwoeste, Karl Krummenerl, Ober-Heukelbach, Karl Vollmann, Rönsahl, Karl Gomann, Rönsahl, Ernst Eichholz, Rönsahl und Frau Hanna Schröter, ebenfalls aus Rönsahl.

Der Restbetrag von 359,40 DM aus der Schulspeisung für das Rechnungsjahr 1949/50 wurde von der Gemeinde übernommen. Weiterhin wurde beschlossen, der westfälischen Zusatzversorgungskasse ab 1. 4. 51 beizutreten und das Gastschulgeld für die Kinder aus der Gemeinde Rönsahl, welche die Schule in Linde besuchen, von der Gemeinde zu übernehmen.

Nach der Stunde der Oeffentlichkeit wurde in die geheime Sitzung eingetreten. Nach Beendigung derselben fand eine Verwaltungsausschußsitzung statt, in welcher Wohnungsangelegenheiten beraten wurden.

Ein bezeichnender Vergleich:

Die Kriegsgefangenen in Deutschland nach 1871 und in Frankreich nach 1945

Gontaut Biron: „Großmut ist eine Tugend die nicht allen Nationen eigen ist"

Von Prof. Dr. phil. Dr. habil. Hermann Budde, Plettenberg

In diesen Tagen, wo nach 5½ Jahren Kriegsschluß der „Grande Nation" erneut deutsche Kameraden, die nichts weiter als ihre Pflicht getan haben, einer rachsüchtigen Vergeltung ausgeliefert werden, fühle ich mich verpflichtet, demgegenüber einmal die Großmut Deutschlands nach 1871 allen, die es hören wollen, darzulegen. Der erste französische Botschafter nach 1871 schrieb ein Buch: „Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872—1877", autorisierte Uebersetzung, Berlin 1909, Verlag Siegismund. Viconte de Contaut-Biron behandelt im 2. Kapitel die

Auslieferung der französischen Kriegsgefangenen

Er schreibt: „Wenn der Hauptzweck meiner Sendung die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland war, so bedurfte es zur völligen Erreichung dieses Zweckes der Erledigung zahlreicher Einzelfragen." . . . „Eine andere uns sehr am Herzen liegende Frage war die Auslieferung und die Rückkehr einer Anzahl von Franzosen, die entweder wegen Vergehen, die sie während der Kriegsgefangenschaft verübt hatten, oder wegen Teilnahme an Angriffen der Freikorps auf deutsche Truppen, trotz des Friedens, noch in Deutschland zurückgehalten wurden." . . . „Die Befreiung unserer seit dem Frieden in Deutschland noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen war die Ursache lebhafter und begreiflicher Besorgnisse in den Familien der Unglücklichen; sie war außerdem Gegenstand einer gewissen Erregung in Frankreich." . . . „Frau Cahen, die eine Reise durch Deutschland, wo sie unsere Gefangenen besuchte, machte, war selbst

von der Kaiserin empfangen worden

und hatte von ihr die Zusage erhalten, zu geeigneter Zeit persönlich für die Gefangenen einzutreten." . . . „Herr von Thile, Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, erwiderte mir, daß die deutsche Regierung den Beweis ihrer guten Absichten durch das lebhafte Bestreben erbringen werde, die Frage der Auslieferung unserer Gefangenen nach unseren Wünschen zu erledigen. Ich sprach ihm meinen Dank aus und fügte bei,

daß in Frankreich kaum eine Frage die öffentliche Meinung in solchen Maße beschäftigt als diese; man erwarte die ausnahmslose Rückkehr aller Gefangenen;

seien Sie überzeugt, daß, wenn Sie den Frieden wollen, er durch nichts besser gefestigt werden kann, als durch die Amnestie; durch die gleichzeitige Freigabe aller an Frankreich, — und ich betone besonders das Wort „aller" — durch die Rücksendung in jeden Winkel unseres Landes, werden Sie in allen Familien, unter allen unseren Mitbürgern, Freude und Befriedigung hervorrufen, viel wirksamer für die Beruhigung und die Sicherung des Friedens, als jedes andere Mittel.

Es wäre nach meiner Ansicht auch für Sie ein Akt der besten Politik."

Auf einem Ball des Kronprinzen kam der Kaiser auf mich zu. Ich benutzte diese Gelegenheit, um ihm für die meinem, zwei Tage vor Sedan bei Monzon in Gefangenschaft geratenen Sohn erteilte Erlaubnis, seinen Aufenthalt in einer von mir bezeichneten Stadt am Rhein nehmen zu dürfen, meinen Dank auszusprechen. Nach einer freundlichen Bemerkung fuhr der Kaiser fort: „In betreff der in Deutschland internierten Gefangenen hoffe ich, Ihnen demnächst befriedigende Mitteilung zukommen lassen zu können." . . . „Es war mir (dem Botschafter) gelungen, den Oberkommandierenden (General von Manteuffel) für unsere Sache zu interessieren und wir hatten in ihm

einen Sachwalter gefunden, der in sehr wirksamer Weise seine Fürsprache mit unseren Bitten vereinigte."

„Am folgenden Tage brachte die Kreuzzeitung die Mitteilung, der deutsche Botschafter in Paris habe den Präsidenten der Republik benachrichtigt, daß aus Anlaß der Unterzeichnung der Konvention vom 29. Juni

der Kaiser die letzten in Deutschland zurückgehaltenen Gefangenen begnadigt habe."

„8 oder 9 Zivilisten und 4 oder 5 Soldaten waren nicht darunter begriffen. Als der Kaiser das hörte, schien er erstaunt, daß der Erlaß Ausnahmen festsetzte. Auf meine Vorstellungen versprach er mir, sich neuerdings über den Fall Vortrag halten zu lassen. In der Tat, die letzten Gefangenen erhielten kurze Zeit nachher ihre Freiheit. Damit war die Angelegenheit endlich erledigt. Sie hatte

7 Monate dauernde Anstrengungen aller Art,

Besprechungen, Erlasse, Bitten usw. gefordert. Großmut ist eine Tugend, die nicht allen Nationen eigen ist." — (Das alles war nur ein kurzer Ausschnitt aus dem Kapitel 2 des erstgenannten Buches.)

Nach 7 Monaten war also der letzte französische Kriegsgefangene, ob Zivilist oder Soldat, ob „Kriegsverbrecher" oder nicht, wieder bei seinen Lieben in der Heimat!

Und Frankreich heute?!

Fünfeinhalb Jahre sind vergangen!!

Dazu werden deutsche Menschen noch heute von Frankreich wie Freiwild gejagt und verhaftet! Wo sind die deutschen „Botschafter", die sich so wie Vicomte de Contaut-Biron für ihre Landsleute einsetzten!? Wo sind aber auch die französischen höchstens Regierungsstellen — Präsident, Präsidentin, Vertreter des französischen Auswärtigen Amtes und Generäle —, die unseren Anstrengungen aller Art, Besprechungen und Bitten heute so großmütig und mitfühlend entgegenkommen, wie damals 1871/72, Kaiser, Kaiserin, Auswärtiges Amt und Generäle den französischen Bemühungen gegenüber!? Wir Deutschen sorgen uns ebenso wie damals die Franzosen um unsere unglücklichen Brüder; wir erwarten ebenso — nach 7 Monaten können wir es nicht mehr —, aber nun nach 5½ Jahren, die Rückkehr aller — und wir betonen besonders das Wort „aller" — Kriegsgefangenen, damit Freude und Befriedigung in jeden Winkel unseres Landes einkehrt; es wäre nach unserer Ansicht auch für die Franzosen ein Akt der besten Politik. Wann endlich wird der französische Präsident, damals wie Kaiser Wilhelm I., die Unterschrift zur Entlassung der letzten in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Gefangenen geben!? Großmut ist eine Tugend, die nicht allen Nationen eigen ist!

„Illegale Sorgen"

Grenzgängertum nimmt gefährliche Formen an

Es gibt immer eine Anzahl von Themen, über die geflissentlich geschwiegen wird, solange es irgendwie angeht. Das trifft für Probleme im Familienkreis ebenso zu wie für die Probleme der Oeffentlichkeit.

Gegenwärtig sind es die illegalen Grenzgänger aus dem Osten, über die die Bundesregierung am liebsten schweigen möchte. Seit dem Beginn des Jahres 1950 bis zur Mitte des Monats Oktober haben sich 117 950 Personen aus der sowjetischen Zone Deutschlands in den Flüchtlingslagern Uelzen und Gießen registrieren lassen. Nur 19,9 Prozent, also 22 522 Personen, wurden nach den im Bundesgebiet geltenden Bestimmungen als Flüchtlinge anerkannt. Die übrigen 95 428 Personen halten sich, nach Ansicht des Bundesministeriums für die Angelegenheiten der Vertriebenen, „ohne Anerkennung als Flüchtling" im Bundesgebiet auf.

Dazu kommen noch die auf mehrere Tausend monatlich geschätzten illegalen Grenzgänger, die sich allen Kontrollen entzogen haben und sich bei keiner Flüchtlingsstelle registrieren lassen.

Sie stellen eine ständig wachsende Gruppe von Menschen dar, die im Bundesgebiet theoretisch, auf Grund der gesetzlichen Regelungen, überhaupt nicht existieren. Keine Behörde ist für sie zuständig. Sie unterliegen keiner Kontrolle und müssen sich ihren Lebensunterhalt schwarz verdienen. Es gibt aber auch keinerlei Rechtsschutz für diese Menschen, die nicht mit den Behörden in Kontakt kommen dürfen; sie müssen sich selber helfen. Sie stehen, so bitter dies klingen mag, als Ausgestoßene außerhalb der Gesellschaftsordnung. Damit ist die Vielzahl der Komplikationen angedeutet, die sich für die Bundesregierung unmittelbar aus diesem Problem ergeben. Warum nehmen diese Menschen das illegale Leben im Bundesgebiet auf sich, was ist die Ursache ihres Wohnungswechsels von Ost nach West?

Die in der Flüchtlingsbetreuung tätigen Sachbearbeiter können die von den illegal Uebergesiedelten selbst bei Umfragen genannten Gründe aus ihrer Erfahrung nur bestätigen. Die Triebfeder zum Grenzübertritt ist in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle in wirtschaftlichen Gründen, wenn wir einmal von Agenten der SED absehen, zu erblicken. Man hofft im Bundesgebiet leichtere Arbeit und besseren Lohn zu finden. Viele sind aber auch darunter, die durch ihr Alter für den Arbeitsmarkt ausscheiden. Es sind Personen, die sich als ehemalige Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung hier im Westen bessere Renten und Pensionen versprechen. Sie hoffen, auf irgendeine Weise doch als legale Ostflüchtlinge registriert zu werden, damit sie ihre Ansprüche als Pensionäre anmelden können. Es gibt auch solche, die sich durch die von den Flüchtlingsvertretern vorgetragenen Forderungen zum Lastenausgleich angezogen fühlen und hoffen, daß auch sie früher oder später ihr Dasein legalisieren können, um dadurch in den Genuß der Lastenausgleichsentschädigungen zu kommen.

Nüchtern und sachlich ist festzustellen, daß sie sich alle falschen Hoffnungen hingegeben haben. Die Bundesregierung sieht sich außerstande, zusätzliche Mittel für die Betreuung der legalen Flüchtlinge aufzubringen. Die Illegalen sind auf Gedeih und Verderb auf die Mildtätigkeit ihrer Freunde und Mitmenschen angewiesen. Sie bilden ein Problem, das Bonn schwer zu schaffen macht, denn man ist sich der Gefährlichkeit des in ihren Reihen angestauten sozialpolitischen Zündstoffs durchaus bewußt.

Staat und Kirche

epd. Velbert, 15. November

Die wichtigste politische Aufgabe der Kirche bestehe darin, den Staat in seinem Bestreben, die zehn Gebote zur Richtschnur seines Handelns zu machen, durch ihr gewissenweckendes Zeugnis zu unterstützen. Dies erklärte Ministerpräsident Arnold vor der Landessynode der Evang. Kirche im Rheinland, deren Tagung von Präses D. Held in Velbert eröffnet wurde. Heute gehe es nicht mehr darum, so betonte der Ministerpräsident, daß die Kirche nicht Staatskirche und der Staat nicht Kirchenstaat werden dürfe, sondern es gehe um den gemeinsamen Kampf von Staat und Kirche, um die Würde des Menschen.

Kultusminister Dr. Süsterhenn von Rheinland-Pfalz sprach sich ebenfalls für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Staat und Kirche aus und begrüßte es, daß im Westen eine rechte Zuordnung beider Größen sowohl in den Landesverfassungen wie im Grundgesetz der Bundesrepublik gelungen sei.

Freispruch für Müller-Gebhardt

ge. Düsseldorf, 15. November

Der Direktor des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Ministerialrat Müller-Gebhardt wurde am Mittwoch von der Anklage der Untreue und des Amtsmißbrauchs freigesprochen. Das Verfahren endete bei einer Lappalie, nämlich der Verwendung von 15 Flaschen Landtagswein auf einer Geburtstagsfeier der Sekretärin, stellte das Gericht fest, und dies hätte allenfalls zu einer Geldstrafe geführt, falle jetzt aber unter die Amnestie.

Das Gericht sah in der Verteilung von Tabakwaren und Wein, die in den Notjahren für die Abgeordneten bestimmt waren, wohl einen objektiven Treuebruch, erkannte aber an, daß sich der Direktor des Landtages dessen nicht bewußt gewesen wäre, denn das Personal habe die Durchführung der Arbeiten des Landtages vorzubereiten und sei mit der Tätigkeit der Abgeordneten eng verknüpft. Auch habe Präsident Gockeln die Genehmigung zu dieser Verteilung offiziell erteilt.

Auf die sich widersprechenden Aussagen Gockelns bei der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung erklärte das Gericht, daß die Beweisaufnahme wider Erwarten anders verlaufen sei, als man hätte voraussehen können, denn man habe die Hauptverhandlung auf Grund der Vorverhandlung überhaupt erst beschlossen.

Neue Regierung Grotewohl stellt sich vor

Führung der SED gesichert – Gesamtdeutsche Wahlen befürwortet

am. Berlin, 15. November

Die neue Regierung Grotewohl, die sich Mittwoch der Volkskammer vorstellte, weist entgegen allen Voraussagen und Kombinationen keine nennenswerten Unterschiede gegenüber dem alten Kabinett auf, durch die Vermehrung der Zahl der stellvertretenden Ministerpräsidenten von drei auf fünf ist ein weiterer SED-Vertreter, und zwar Minister Heinrich Rau, der Vorsitzende der staatlichen Plankommission, auf den Posten des zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgerückt, so daß auch im Falle einer gleichzeitigen Abwesenheit von Grotewohl und Ulbricht die Regierungsführung durch die SED gewährleistet ist. Otto Nuschke ist auf den Posten des dritten Stellvertreters placiert worden. Ausgeschieden sind aus dem bisherigen Kabinett lediglich der stellvertretende Ministerpräsident Professor Kastner und der Landwirtschaftsminister Ernst Goldenbaum (Bauernpartei), der durch seinen Parteifreund Scholz ersetzt wurde. Durch die Teilung des Industrieministeriums wurden für den bisherigen sächsischen Wirtschaftsminister Ziller, SED, und den NDP-Vertreter Dr. Feldmann neue Ministerien geschaffen. Als Vertreter des FDGB übernahm Roman Chwalek (SED) das neugewählte Arbeitsministerium.

Der Grundgedanke der Regierungserklärung Otto Grotewohls war: „Die bisherige Politik wird fortgesetzt." Außenpolitisch ist die Freundschaft mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien das „feste und unerschütterliche Fundament" für die Ostzonenregierung. Ebenso bleibt, nach Grotewohls Worten, der Kampf gegen die „anglo-amerikanischen Imperialisten" unverändert. Alle Abkommen und Verpflichtungen, die Westdeutschland eingehen könnte, wie eine Beteiligung am Europarat, wird die Ostregierung niemals als rechtskräftig anerkenne. Grotewohl nannte dieses Abkommen im voraus „ein Verbrechen am deutschen Volke". Die Franzosen warnte er vor einer Remilitarisierung Westdeutschlands und empfahl ihnen die Durchführung des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung Deutschlands „als beste Gewähr einer dauerhaften friedlichen Politik und freundschaftlicher Beziehungen zum deutschen Volk."

Grotewohl setzte sich nachdrücklich für die Prager Vorschläge zur Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ein. Dieser Rat würde auch die Voraussetzung für gesamtdeutsche freie Wahlen zu einer Nationalversammlung schaffen können. Zum erstenmal befürwortete Grotewohl gesamtdeutsche Wahlen als „Notwendigkeit in Deutschland". Die paritätische Zusammensetzung dieses Rates verteidigte er damit, daß „in einem solchen Rat der eine Teil den anderen nicht majorisieren darf, denn Stimmenmehrheit ist gegen Verständigung". Die Ostregierung will alle Schritte unternehmen, um Besprechungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands in Gang zu setzen.

Eine Verschärfung des Kirchenkampfes gehört ebenfalls in das Regierungsprogramm des Ostzonenkabinetts. Grotewohl warf der evangelischen Kirchenleitung vor, daß „eine gewisse Gruppe, die in Westberlin wohnt, in westlicher Auffassung wurzelt und für die Remilitarisierung wirbt", ihre politische und gesellschaftliche Störungsarbeit in der deutschen demokratischen Republik organisiere. „Das Eintreten für Remilitarisierung ist militärische Propaganda und laut unserer Verfassung ein Verbrechen. Eine streitende Kirche ist in einem Volksstaat nicht tragbar."

Die wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone wird die Regierung nach den Vorschlägen des von der SED ausgearbeiteten Fünfjahresplanes leiten. Grotewohl kündigte eine weitere „schrittweise Abschaffung der Lebensmittelkarte" und den „Friedensstand der Versorgung für das Jahr 1952 an." Die Vertreter der Fraktionen, zu denen auch die sogenannten „Demokratischen Massenorganisationen" zählen, stimmten in der Nachmittagssitzung der Volkskammer dem von Grotewohl entwickelten Regierungsprogramm ausnahmslos zu.

Moskau: Militärabkommen USA - Japan

Geheimverhandlungen zwischen MacArthur und Tokio?

dmt. Berlin, 16. November

Die sowjetische Agentur Tass behauptet am Donnerstag, zwischen dem amerikanischen Oberkommando in Tokio und der japanischen Regierung liefen zurzeit geheime Verhandlungen über ein amerikanisch-japanisches Militärabkommen, das praktisch auf eine neue Bewaffnung Japans hinauslaufe.

Im einzelnen behauptet die sowjetische Agentur, die sich auf Informationen aus Schanghai beruft, in diesem Abkommen sei vorgesehen, die japanische Polizeireserve zu verdreifachen, mit modernen Waffen auszurüsten und nach amerikanischem Vorbild auszubilden. Kommando und Ausbildung dieser Truppe solle formell den Vereinten Nationen übertragen werden, tatsächlich jedoch in amerikanischer Hand liegen. Auch solle für die nächsten 30 Jahre eine amerikanische Streitmacht von drei Divisionen in Japan bleiben. Weiter behauptet die sowjetische Agentur, in dem Abkommen sei ein Staatsvertrag zwischen Japan und Südkorea vorgesehen, sowie die Eingliederung Japans in einen antikommunistischen Pazifikblock. Japan solle ferner eine amerikanische Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollar erhalten, um damit seine Aufrüstung zu finanzieren und die aus Amerika bezogenen Waffen zu bezahlen.

*

An dieser sowjetischen Information ist vor allem der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung interessant. Am Donnerstag wird in der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die Frage der chinesischen Truppen in Korea erörtert, auch wenn — der amerikanischen Forderung entsprechend — die Delegation aus Peking noch nicht in Lake Success eingetroffen ist. Hsiu-Chua, der chinesische Delegierte, mit seinen acht Mitarbeitern hat es bekanntlich in keiner Weise eilig, nach Lake Success zu kommen und betont diese ostasiatische Gelassenheit damit, daß der angekündigte Weg ihn über Prag und London nach New York führe. Dennoch ist in Moskau, wo der chinesische Delegationsführer kürzlich als Begleiter von Mao Tse-tung bekannt geworden ist, nicht verborgen geblieben, daß die geschickte Politik der Vereinten Nationen es verstanden hat, die chinesische Regierung auf den Weg einer klugen und selbständigen Betrachtung der ostasiatischen Interessen zu bringen.

Der Tito-Komplex, die Sorge vor einem Ausbrechen aus dem Kreis der am kurzen Zügel geführten Satelliten, begleitet heute jede außenpolitische Ueberlegung des Kreml. Und das Mißtrauen gegenüber der Pekinger Politik ist sicher dadurch nicht geringer geworden, daß Außenminister Tschou En-Lai auf die Einladung zu der Ratsdebatte reichlich rauh geantwortet hat. Immerhin: die Chinesen sind auf dem Wege zu einem Gespräch mit den Gegnern Moskaus. Was liegt in einem solchen Zeitpunkt näher als der Versuch, ein sich etwa anbahnendes Vertrauen dadurch zu stören, daß man den Partner der Konspiration mit dem verhaßten japanischen Erbfeind bezichtigt.

Die sowjetische Diplomatie hat in der letzten Zeit Beweise ihrer großen Geschicklichkeit gegeben, als sie den Vorschlag eines Viermächte-Gespräches über Deutschland in dem Augenblick lancierte, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Washington zur deutschen Aufrüstung und das Tauziehen innerhalb des französischen Kabinetts die Chance einer Spaltung im westlichen Lager offenbarten. Diese Geschicklichkeit muß man in dem neuen Vorstoß des Kreml vermissen. Die Absicht schimmert allzu deutlich durch das bedruckte Papier des Tagesdienstes.

Produktion von „Centurion"-Panzern verdoppelt. Der britische Heeresminister Strachey teilte im Unterhaus mit, daß Großbritannien die Produktion des 50-Tonnen-Panzers „Centurion" verdoppele.

Deutsche Seeleute durften nicht an Land

Einreisebestimmungen auch auf Schiffsbesatzungen angewandt

lo. Hamburg, 15. November

Nicht nur Auswanderer und deutsche Besucher der USA sind von den verschärften Einwanderungsbestimmungen betroffen worden, sondern zeitweilig auch deutsche Schiffsbesatzungen, soweit sie bei der Nachprüfung ihrer politischen Vergangenheit nicht als einwandfrei befunden wurden.

Da die Seeleute früher in der Deutschen Arbeitsfront organisiert waren, wurde diese Tatsache von verschiedenen regionalen Behörden als ausreichend angesehen, den Schiffsbesatzungen das Verlassen der Schiffe zu verbieten. So durfte die Besatzung des 8000-Tonnen-Dampfers „Bernd-Leonhard" der Hamburger Reederei Leonhardt & Blumber in New Orleans nicht an Land gehen, obwohl die Seeleute eine stürmische und strapaziöse Ueberfahrt hinter sich hatten.

Dieses Verbot scheint allerdings auf die Entscheidung regionaler Behörden zurückzugehen, denn von deutscher Regierungsseite wurde zu dieser Angelegenheit erklärt, daß von einem generellen Landgangverbot deutscher Seeleute in den USA nichts bekannt sei.

Holland gibt Rheinschiffe heraus. Ein zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden abgeschlossenes Abkommen über die Herausgabe von Rheinschiffen ist von der Bundesregierung gebilligt worden. Es handelt sich um die Herausgabe von Schiffen, die während des Krieges für deutsche Rechnung auf holländischen Werften gebaut wurden.

Steuerfreie Diäten

bodi. Bonn, 15. November

Seit der Diskussion über die Diäten der Bundestagsabgeordneten ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht angebracht sei, die Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten zu besteuern. Der Bund der Steuerzahler und auch andere Organisationen haben sich mit dieser Forderung an die Oeffentlichkeit gewandt. Der zuständige Bundestagsausschuß hat sich daraufhin mit dem Problem befaßt, und das Ergebnis seiner Ermittlungen mag zwar für manchen Steuerzahler unbefriedigend sein, es wird aber sicher zu einer eindeutigen Klärung der Frage beitragen.

Nach der Literatur und der Praxis ist es in Deutschland seit 1848 nicht üblich, daß die Aufwandsentschädigungen von Abgeordneten besteuert werden. Es gibt darüber allerdings keine besondere gesetzliche Regelung, der Brauch hat sich lediglich eingebürgert. Den Bundestagsabgeordneten genügt das nicht; sie möchten sich gegebenenfalls auf eine konkrete Rechtsgrundlage stützen können. Aus diesem Grunde soll der Präsident des Bundestages den Bundesfinanzminister bitten, eine entsprechende Verwaltungsanordnung zu erlassen.

Warenzeichen wieder zurückgegeben

dmt. Frankfurt, 16. November

In einem neuen deutsch-griechischen Handelsabkommen erklärt sich die griechische Regierung bereit, die deutschen Warenzeichen aus der Zeit vor Oktober 1949 bis auf die noch ungeklärten Fälle von Osram, Nivea und Schering zurückzugeben. Damit hat sich Griechenland als erstes europäisches Land zur Rückgabe bereit erklärt. Der neue Handelsvertrag sieht einen Gesamtwarenaustausch im Werte von rund 80 Millionen Dollar vor.

Fragen im Falkenhausen-Prozeß

dpa. Brüssel, 15. November

Der größte Teil der Mittwochsitzung im Falkenhausen-Prozeß wurde von der Frage ausgefüllt, ob Zivilparteien General Falkenhausen und den Regierungspräsidenten Reeder wegen der Judenverschleppung verklagen können oder nicht, ein Problem, das in dieser Sitzung nicht geklärt wurde.

Zu Beginn der Sitzung sollten sich zwei neue Zivilparteien konstituieren, deren Angehörige im Verlauf der Aktionen gegen die Juden verschleppt worden waren. Die Verteidigung wandte sich gegen die Konstituierung und kritisierte dabei scharf den zweiten Anklagepunkt, der das Thema der Judenverfolgung und Verschleppung umfaßt. Nach Ansicht der Verteidigung ist dieser Punkt unklar abgefaßt, denn es sei in der Anklageschrift keineswegs spezifiziert worden, um welche einzelnen Fälle es sich handele, sondern nur der Begriff „Jude" in der Allgemeinheit verwendet worden.

In einer längeren Erklärung forderte der Vertreter der Anklage die Zulassung dieser Zivilparteien, wobei er sich energisch gegen jede Verschleppung des Prozesses aussprach. Die Entscheidung des Gerichtes über die Zulässigkeit der Nebenkläger wird am Freitag bekanntgegeben.

Kein schöner Empfang

aas. Bentheim, 15. November

Siebzig von hundert holländischen Heimkehrern aus russischer Gefangenschaft wurden auf der Grenzstation Bentheim von einem Kommando holländischer Soldaten empfangen. Der Bevölkerung und der Presse war es verboten, mit den Heimkehrern zu sprechen, die ihre Waggons nicht verlassen durften. Dreißig von ihnen haben Asyl in Westdeutschland gefunden.

Ueber 700 Gramm Opium in Stuttgart beschlagnahmt. 710 Gramm Opium, die für 5000 Mark verkauft werden sollten, sind von Kriminalbeamten in Stuttgart sichergestellt worden. Das Opium stammt von einem Mann, der es in Italien von einem Sanitätssoldaten erhalten hatte und bei einem Urlaub mitbrachte. Er hielt das Rauschgift zunächst in einer Ruine, später im Keller seines Hauses versteckt.

NACHRUF!

Der **Gemeinde- u. Sparkassen-Rendant i. R.**

Friedrich Vormann

wurde durch den Tod abgerufen.

Wir trauern um diesen gewissenhaften, fleißigen, vorbildlichen u. stets hilfbereiten Beamten der Gemeinde Rönsahl. Herr Vormann hat seit Gründung der Sparkasse der Gemeinde Rönsahl die Leitung übernommen und gleichzeitig die Gemeindekasse und das Standesamt mit verwaltet. Jahrzehntelang hat er die dienstlichen Aufgaben verantwortungsvoll erfüllt und sich die Achtung seiner Vorgesetzten und der Bewohnerschaft erworben. Sein Andenken werden wir über das Grab hinaus in Ehren halten.

Rönsahl, den 15. November 1950.

Für die Gemeinde Rönsahl:
Markus, Bürgermeister

Für die Amtsverwaltung u. den Sparkassenvorstand Kierspe
Barthold, Amtsdirektor

Für die Beamten und Angestellten der Amts-Sparkasse Kierspe:
Gogarten, Sparkassendirektor

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu unserer VERMÄHLUNG danken wir recht herzlich.

Paul Busch und Frau
Ilse geb. Knapp

Collenberg, im Nov. 1950

Junger Mann sucht
Schlafstelle
Mitte Halver
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers

Das gute Buch
finden Sie in der
BUCHHANDLUNG
WILH. BELL JR.,
HALVER